

Die Aktualität des politischen Westens

Mark Speich

Geboren 1970 in Bonn, promovierter Politikwissenschaftler, 2017 bis 2025 Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, seit 2025 Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad Adenauer zum 150. Geburtstag

Die Fülle der in Briefen, Reden, Erinnerungen und Akten überlieferten Zeugnisse der scharfsinnigen Zeitdiagnostik Konrad Adenauers macht es leicht, immer wieder auf Zitate von verblüffender Aktualität und Gegenwartstauglichkeit zu stoßen. So ließe sich im Jahr der 150. Wiederkehr seines Geburtstags die Bedeutung, die Konrad Adenauer auch heute noch für uns hat, mühelos mit einem reichen Schatz solcher Zitate nachweisen.

Ich möchte jedoch sehr viel grundsätzlicher ansetzen – genau genommen so grundsätzlich, wie auch Konrad Adenauer den zweiten Teil seiner eindrucksvollen politischen Karriere in den geistigen und materiellen Trümmern Nachkriegsdeutschlands begonnen hat. Auch heute lohnt es sich noch, die beiden Reden zu lesen, die Konrad Adenauer im März 1946 im Nordwestdeutschen Rundfunk und in der Aula der Universität zu Köln gehalten hat. Es wäre nicht übertrieben, festzustellen, dass er mit ihnen faktisch das erste Grundsatzprogramm der CDU entwirft und damit dem künftigen Kurs dieser neu gegründeten Partei ihre Richtung gibt. Zwei wesentliche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen.

Konrad Adenauer ist *erstens* nicht nur der kühle Taktiker der Macht, der mit größtmöglicher Flexibilität auf neue Situationen reagiert



Konrad Adenauer am 24. September 1957 an seinem Schreibtisch.
Foto: @ picture-alliance/akg-images|akg-images

und sich von früheren Festlegungen leicht hin zu entfernen versteht. Das nie belegte, ihm aber immer wieder zugeschriebene Zitat „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ soll eine solche Flexibilität auf den Punkt bringen. Natürlich ist Konrad Adenauer ein virtuoser Pragmatiker; die beiden Reden aus dem Jahr 1946 belegen jedoch eindrucksvoll, dass das politische Denken Konrad Adenauers auf dem Fundament seiner religiösen Überzeugungen gründete, das er als unverbrüchlich begreift – und das er gewiss nicht tagespolitischen Notwendigkeiten zu opfern bereit ist.

Die auf der Gottesebenenbildlichkeit beruhende, unverfügbare Würde des Menschen, die Rolle „des Einzelmenschen“ in Abgrenzung zur kollektivistischen Vereinnahmung, die Ablehnung einer Vergötzung des Staates, die Skep-

sis gegenüber der Konzentration von Macht in Politik und Wirtschaft, die Betonung der Freiheit für die Entfaltung individueller und unternehmerischer Möglichkeiten mit einer besonderen Hervorhebung von Handwerk und Mittelstand, der Hinweis auf Sozialpartnerschaft und genossenschaftliche Organisationsformen und auch der später gern sozialdemokratisch reklamierte Gedanke des Bildungsaufstiegs finden sich in diesen frühen programmatischen Überlegungen und haben für die CDU bis heute Gültigkeit. Konrad Adenauer formuliert seine grundlegenden Überzeugungen in doppelter Abgrenzung gegenüber der noch unmittelbar nachwirkenden Terrorherrschaft der Nationalsozialisten, unter der er selbst gelitten hat, und gegenüber der geistigen Strömung des Materialismus, dessen unheilvolle Kraft er sowohl mit

dem Nationalsozialismus als auch in marxistischer Ausprägung mit dem expansiv-aggressiven Sowjetkommunismus verbindet.

Zweitens zeigen diese beide Reden aber, dass die Politik der Westintegration, die untrennbar mit Konrad Adenauer verbunden ist und Gegenstand leidenschaftlicher Kritik national oder nationalistisch orientierter Zeitgenossen war, nicht allein einem kühlen machtpolitischen Kalkül entsprang. Die Westbindung ist für Konrad Adenauer weit mehr als die geostrategische Option mit den größten Realisierungschancen. Sie entspricht vielmehr seiner Vorstellung von einem Westen, der weltanschauliche Idee und nicht nur geografischer Raum ist. Er selbst formulierte es bereits im August 1947 auf dem ersten Parteitag der CDU in der britischen Besatzungszone, der in Recklinghausen stattfand, folgendermaßen: „Abendland, christliches Abendland ist kein geographischer Begriff, es ist ein geistesgeschichtlicher Begriff, der auch Amerika mit umfasst. Dieses christliche Abendland wollen wir mit zu retten versuchen.“

Eine konsequente Politik der Westbindung, die Adenauer auch gegen die vermeintlichen Chancen zur Wiedergewinnung nationaler Einheit und die gegensätzlichen Einstellungen in Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung durchsetzt, entspricht der Grundorientierung, die er im März 1946 so klar programmatisch umreißt.

Die Idee des politischen Westens

Das macht Konrad Adenauer nicht zum außenpolitischen Idealisten, der anderen im hohen moralischen Ton seine weltanschaulichen Grundüberzeugungen predigt, ohne aber die politischen Spielräume der Bundesrepublik substanziell erweitern zu können. Er weiß, dass dieser Westen als Idee und geografischer Raum

durch den machtpolitischen Expansionsdrang des Kommunismus bedroht ist; aber er sieht auch die Gefährdungen des inneren Zusammenhalts – heute wieder höchst aktuell – durch innenpolitisch motivierte isolationistische Strömungen in den USA, durch die Folgen britischen und französischen Machtverlustes und so wenige Jahre nach dem Krieg auch durch die Angst vor einem wiedererstarkenden Deutschland. Das macht bei allen Grundüberzeugungen, die die Länder des Westens verbinden, einen realistischen Politikansatz notwendig, der das Mögliche zu verwirklichen und diese komplexe politische Konfiguration auszubalancieren und in politikfähige Organisationsformen zu übersetzen versucht.

Wie wir wissen, sind nicht alle diese Versuche erfolgreich; jedoch findet der Westen als politische Idee mit NATO, Montanunion und schließlich Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft auch einen starken institutionellen Ausdruck. Und Konrad Adenauer ist einer der wesentlichen Architekten. Die Beziehungen zum kommunistischen Machtbereich gestalten sich naturgemäß deutlich schwieriger. Aber beispielsweise Adenauers Moskareise 1955, die mit der in der Heimat triumphal wahrgenommenen Heimkehr der Kriegsgefangenen einhergeht, zeigt einen geopolitischen Realismus, der erfolgreich ist, ohne Grundüberzeugungen aufzugeben, die bei Konrad Adenauer ausgehend von einem christlichen Menschenbild freiheitlicher Gegenentwurf zu einer kommunistischen Ideologie sind, die individuelle Freiheit mit menschenverachtender Härte dem Kollektiv und der Partei opfert.

Unsere heutige weltpolitische Situation unterscheidet sich fundamental von den Herausforderungen, mit denen es Konrad Adenauer so unmittelbar nach einem verheerenden Krieg zu tun hatte. Aber auch heute sind wir mit einer aggressiv-expansiven russischen Gegenmacht konfrontiert, die dem Westen als Idee

den Krieg erklärt hat und deren inneren Kern Konrad Adenauer gewiss als zutiefst materialistisch beschrieben hätte. Auch heute ist der Zusammenhalt des Westens – vermutlich mehr als je zuvor – durch isolationistische Tendenzen der zentralen Schutzmacht, durch Vetospieler und durch innenpolitische Blockaden gemeinsamer Handlungsfähigkeit gefährdet. Adenauers Albtraum eines französisch-russischen *Rapprochements* spielt zumindest derzeit keine Rolle mehr. Dafür tritt die zur Zeit Adenauers noch in unscharfer Ferne liegende Herausforderung durch den Machtanspruch der Volksrepublik China hinzu. Hier verbinden sich ritualisierte Beteuerungen kommunistischer Ideologietreue mit radikal kapitalistischen Dynamiken. Sie haben ein politisches System geprägt, das den Glauben an den innovativ-ökonomischen Performanzvorsprung freiheitlicher politischer Ordnungen erschüttert und von Konrad Adenauer ebenfalls als materialistisch eingeschätzt worden wäre.

In dieser ohnehin schwierigen Situation gewinnen innenpolitisch Bewegungen an Kraft, die mit dem Versprechen antreten, die über Jahre gewachsene Leistungsschwäche staatlicher Organisation und die sich aus gesellschaftlicher Pluralität ergebenden Konflikte durch die vermeintlich einfachen Antworten einer autoritär gestalteten Ordnung zu überwinden. Diese Radikalisierung hat auch eine intellektuelle Ausprägung, und das sowohl in linken wie rechten akademischen Milieus. Im Gewande identitätspolitischer Vorstellungen verfolgt die sehr heterogene akademische Linke einen Ansatz radikaler Subjektivität und Relativierung, der ein universales Verständnis menschlicher Würde und das Streben nach wissenschaftlicher Objektivität untergräbt. Mit dem Ansatz postkolonialer Überzeugungen wird auch die Idee des freiheitlichen Westens diskreditiert.

Die neue Rechte hingegen bedient Motive kulturell-ethischer Selbstbehauptung und

Abschottung und versucht, die Idee des Westens – und damit auch die Vorstellung einer gemäßigten und kompromissbereiten politischen Kultur – durch den Vorwurf dekadenter Schwäche zu überwinden.

Eine sich an Konrad Adenauer orientierende Politik wird trotz aller Erschütterungen tradierter Gewissheiten und trotz aller Herausforderungen nie den Kern christlich demokratischer Überzeugung aufgeben, um international oder national zu machtpolitischen Vorteilen zu gelangen. Diesen Überzeugungskern hat Konrad Adenauer in den beiden Reden im März 1946 bis heute gültig formuliert. Mit diesen Grundüberzeugungen hat Konrad Adenauer auch die CDU in ihrer Gründungs- und Formierungsphase mehr als jeder andere Politiker geprägt. So ist die CDU in Deutschland bis heute der Hort des Westens als politischer Idee.

Die Kräfte des Materialismus heute

Wenn man diese Rolle ernst nimmt, verbietet sich der Gedanke an ein Bündnis mit den heutigen Kräften des politischen Materialismus. Das gilt für die AfD und andere Erscheinungen der radikal-populistischen Rechten ebenso wie für die radikale Linke. Aber aus dieser Überzeugung leitet sich weit mehr als der Gedanke appellativer Abgrenzung ab. Diese Überzeugung verpflichtet, sich aktiv für eine Freiheitsordnung einzusetzen, in der Wert und Würde der Einzelperson ernst genommen und geschützt werden – und das unabhängig von Herkunft, gesellschaftlichem Stand oder religiösem Bekenntnis. Diese Überzeugung verpflichtet, der dienenden Funktion von Staat, Wirtschaft und Kultur zu Geltung zu verhelfen: durch die Begrenzung von Machtkonzentration und durch die Begrenzung der Strukturen, die eine Entfaltung individueller Freiheit übermäßig einhegen.

Bürokratieabbau, um nur ein Beispiel zu geben, ist in dieser Perspektive sehr viel mehr als die Reduzierung von Berichtspflichten. Er ist die Wiederherstellung autonomer Entscheidungsspielräume einschließlich der damit verbundenen Risiken und der damit einhergehenden Verantwortung. Dass freiheitliche politische Systeme heute eine vielfache Performanzkrise erleiden, hängt eben nicht nur mit der wuchernen Komplexität moderner Gesellschaften zusammen, sondern auch mit dem mangelnden staatlichen Vertrauen in den verantwortlichen Freiheitsgebrauch der Einzelperson und der daraus abgeleiteten präemptiven Risikoreduzierung durch freiheitsverkürzende Regulierung. Wer sich dagegen wendet, wird sich auf Adenauer berufen können.

Prinzipiengeleiteter Realismus

Freiheit und Würde der Person bilden auch aus einer säkularen Perspektive den Ausgangspunkt der politischen Idee des Westens. Die Organisation dieses politischen oder „globalen“ Westens ist heute ebenfalls in die Krise geraten. Es würde die Bezugnahme auf Konrad Adenauer überstrapazieren, aus seinen Schriften und Äußerungen konkrete Rezepturen zum Umgang mit dieser Krise abzuleiten. Das gilt auch für die im Folgenden nur skizzenhaft schraffierten Schlussfolgerungen. In Konrad Adenauers Politik wird jedoch – wie bereits ausgeführt – die Haltung eines prinzipiengeleiteten Pragmatismus sichtbar, der der Christdemokratie auch heute Richtschnur sein kann.

Mit dieser klar am Westen orientierten Haltung hat Adenauer die Bundesrepublik fest im Bündnis der freiheitlichen Demokratien verankert, einen machtpolitisch klugen Umgang mit den nicht unmittelbar einem der beiden

ideologischen Blöcke zugeordneten Mächte gefunden und gegenüber dem gegnerischen Machtblock eine Position der Stärke aufzubauen versucht.

Auf Grundlage eines prinzipiengeleiteten Realismus würde man heute versuchen, neue institutionelle und flexible Arrangements für die Organisation des politischen Westens zu finden; das hieße in der gegenwärtigen Konstellation operative Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und einer „Koalition der Willigen“ mit stärkerer Anbindung der pazifischen Partner. Es hieße, auf idealistisch oder neo-idealistisch inspirierte Gesinnungsdemonstrationen, die folgenlos bleiben, zu verzichten und mit nicht-freiheitlichen, nicht-gegnerischen Akteuren jedenfalls dann interessengeleitete Kooperationen einzugehen, wenn diese zu einer Stärkung des Westens führen. Es hieße, entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Durchsetzung deutscher und europäischer Interessen zu verbinden, ohne die auch christlicher Nächstenliebe entspringende Bereitschaft zur humanitären Nothilfe aufzugeben. Es hieße, die ökonomische Abhängigkeit von China zu reduzieren und die sicherheitssensible Infrastruktur vor chinesischem Einfluss zu schützen, ohne einer Entkopplung von China das Wort zu reden. Und es hieße, erst aus einer Position der Stärke Verhandlungen mit Russland zu suchen und alles zu tun, um dieser Stärke im Wege militärischer Verteidigungsfähigkeit und in wirtschaftlicher Hinsicht Geltung zu verschaffen.

Damit stehen unser heutiger Bundeskanzler und die von ihm als Vorsitzendem geführte Partei nicht nur in formaler Hinsicht in der Tradition Konrad Adenauers. Dessen Erbe verpflichtet – nicht wegen der historischen Bedeutungslast, sondern weil die Orientierung an individueller Freiheit und der Idee des politischen Westens von ungebrochener Aktualität ist.